



Handlungsleitlinien zur Planung und Beschlussfassung des Haushalts 2021

Die SPD-Fraktion beschließt folgende Handlungsleitlinien:

- Der Haushaltsplan ist für das Jahr 2021 so aufzustellen, dass sowohl Unternehmen als auch private Haushalte im Vergleich zu Vorjahren steuerlich nicht höher belastet werden.
- Die in der Finanzplanung 2021 vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer A und B wird nicht umgesetzt.
- Die Mindererträge von EUR 979.000,00 werden durch Überprüfung und sozial verträgliche Gestaltung der Ansätze im Ergebnishaushalt kompensiert. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Personalaufwendungen sowie Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.
- Das Investitionsprogramm 2021 orientiert sich an den derzeitigen, schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen: Sämtliche Investitionen sind auf Notwendigkeit, Umfang, Nachhaltigkeit und Folgekosten zu überprüfen.

Begründung:

Die mit den Sperrvermerken und Haushaltssperren für den Haushalt 2020 eingeleiteten Maßnahmen müssen für den Haushalt 2021 konsequent fortgesetzt werden. Wie beim Landkreis Werra-Meißner ist auch in Hessisch Lichtenau davon auszugehen, dass die Corona-Krise sich verstärkt auf die Haushalte 2021ff auswirken wird.

Es ist für den Haushalt 2021 nicht statthaft, wenn Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer sowie Einkommens- und Umsatzsteueranteilen über eine höhere Grundsteuer kompensiert werden:

Die Corona-Krise trifft neben Kommunen und Unternehmen mit großer Härte private Haushalte und somit auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Laut einer repräsentativen Umfrage der Creditreform Wirtschaftsforschung und von Boniversum sind bundesweit 15,5 Millionen Haushalte von Einkommenseinbußen betroffen. Insbesondere Gering- und Normalverdiener leiden unter den Folgen der Corona-Krise. Gestiegene Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und auch der Verlust von Minijobs sorgen bei rund drei viertel der Befragten für Einkommensverluste von bis zu 30 Prozent des regulären Einkommens.

Auch die aktuellen Entwicklungen um die Corona-Pandemie geben keinen Anlass zu glauben, die Krise sei überwunden.

Diesen negativen Auswirkungen müssen alle Verantwortlichen Rechnung tragen und für den Haushalt 2021 Mehrbelastungen durch höhere Kommunalsteuern, entgegen der Finanzplanung aus Vor-Corona-Zeiten, unbedingt vermeiden.